

CHARTA

FÜR EIN EUROPA DER REGIONEN

WEGE ZUR SELBSTBESTIMMUNG

AUF FREIHEITLICHER UND DEMOKRATISCHER GRUNDLAGE

vorgelegt von den Arbeitskreisen Demokratie und Europa
sowie vom Initiativkreis Demokratiekonferenzen
im Januar 2013

„Unsere Wünsche sind Vorgefühle der Fähigkeiten, die in uns liegen, Vorboten dessen, was wir zu leisten imstande sein werden. Was wir können und möchten, stellt sich unserer Einbildungskraft außer uns und in der Zukunft dar. Wir fühlen eine Sehnsucht nach dem, was wir schon in der Stille besitzen. So verwandelt ein leidenschaftliches Vorausgreifen das wahre Mögliche in ein erträumtes Wirkliches.“

JOHANN WOLFGANG VON GOETHE:

AUS MEINEM LEBEN. DICHTUNG UND WAHRHEIT 2.TEIL, 9.BUCH

Vorwort

Wir leben in einem schönen, lebendigen, wohlhabenden Land, in einem im Vergleich zu früheren Epochen friedlichen Europa, in dem derzeit relativ wenige Menschen durch existenzielle Not, Enteignung, Krieg und Tod unmittelbar bedroht sind. Wir können unsere Meinung äußern und werden manchmal sogar gehört.

Gleichzeitig wird eine Bedrohung dieser errungenen Freiheit sicht- und spürbar: die Zusammenballung von Macht und Kapital. Das Diktat der Finanzwelt und der multinationalen Konzerne bestimmt die politische Agenda. Nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit ist der Vorrang der Finanz- und Konzerninteressen in völkerrechtswidrigen, die nationalen Parlamente aushebelnden Verträgen wie WTO, GATT, GATS und ESM festgeschrieben worden. Der Entscheidungsspielraum des parlamentarischen Systems hat sich dadurch verengt. In vielen Bereichen ist der Parlamentarismus zur Fassade degeneriert. Die wesentlichen Vorgaben kommen aus fernen Finanzzentralen und geheimen Kabinettsitzungen. Ergänzend fordert die NATO die Abschaffung der Einspruchsrechte nationaler Parlamente. Der Gestaltungsspielraum der Politik tendiert gegen Null.

Eine grundsätzliche Änderung des Desasters ist nicht in Sicht. Die politischen Parteien haben sich in ihren kleiner werdenden Nischen eingerichtet und bieten willig auch weiterhin ablenkendes Kasperletheater an der Oberfläche, um dann in den Hinterzimmern wenigstens noch ein bisschen bei den wirklich wichtigen Entscheidungen mitreden zu dürfen. Die Demokratie wird zwischen 'alternativlosen' Diktaten scheinbar unveränderbarer ökonomischer 'Sachzwänge', ihnen folgender globaler 'Sicherheitslagen' und kurzfristigen Eigeninteressen der Parteien zerrieben.

Immer mehr Menschen wollen eine andere, eine bessere, humanere und demokratischere Gesellschaft, die an den Werten des menschlichen Maßes, an der Vielfalt von Menschen, Völkern und Kulturen Europas, an Empathie und ethischem, statt an bloß ökonomischem Wachstum orientiert ist. Die Wirtschaft soll für den Bedarf und nicht allein für den Profit produzieren. Grund und Boden gehören den Gemeinschaften, die auf ihnen leben. Eine allgemeine bedingungslose Grundversorgung soll dazu beitragen, Heimat wieder in überschaubaren Kreisen zu erleben. Familien, Freundschaften und andere Beziehungen dürfen nicht mehr den Paradigmen von 'Mobilität' und 'Erwerbsarbeit' geopfert werden.

Arbeit soll Werte schaffen und darf nicht Lebensqualität vernichten. Wir wollen wieder mit der Natur und nicht gegen sie leben. Wir wollen Selbstbestimmung in gegenseitiger Hilfe, Selbstermächtigung in gegenseitiger Achtung und Selbstgestaltung in kooperativer Gemeinschaft. Wir wollen der Dauerlüge *'durch Wachstum wird alles bes-*

ser' nicht mehr blind hinterherlaufen. Wir glauben nicht mehr an das Versprechen einer globalen Entwicklung, das vorgibt, der 'unterentwickelten' Welt eines Tages den Standard der 'entwickelten' zu ermöglichen, weil wir erkennen, dass immer mehr Menschen auch in der 'entwickelten' Welt zunehmend den Lebens- und Arbeitsbedingungen der 'unterentwickelten' unterworfen werden.

Erkenntnisse, Konzepte und positive Erfahrungen, wie der destruktiven Eskalation des global agierenden Kapitals zu begegnen sei, gibt es schon viele. Und auf fast allen Ebenen und in fast allen Bereichen haben mutige Menschen und Gemeinschaften gezeigt, wie es auch anders gehen könnte. Noch aber gibt es keinen gemeinsamen Bezugsrahmen, in dem die verschiedenen Ansätze systemüberwindend zusammenwirken können. Mit der 'Charta für ein Europa der Regionen auf freiheitlicher und demokratischer Grundlage' bieten wir einen Kristallisationspunkt an, um den herum sich ein solcher gemeinsamer Bezugsrahmen entwickeln kann.

Wenn wir dem viel zitierten Satz Albert Einsteins zustimmen, dass „Probleme nicht mit der gleichen Denkweise gelöst werden können, durch die sie entstanden sind“, bleibt nichts anderes übrig, als die gewohnten Pfade zu verlassen und uns für Lösungswege zu öffnen, die deutlich über die bestehenden Verhältnisse hinaus weisen. Die Charta erhebt nicht den Anspruch, der einzig richtige Weg zu sein, wohl aber eine notwendige Richtungsänderung aufzuzeigen. Sie möchte Ideen- und Impulsgeber sein, unter welchen Rahmenbedingungen wir realistischer Weise unsere Zukunft gemeinsam entwickeln und wie wir sie in die Tat umsetzen können, so

wie wir wirklich leben wollen.

Die Alternative

Entweder, wir nehmen es weiter hin und lassen zu, dass:

- die natürlichen Ressourcen der Erde, die letzten intakten Naturräume und sensibel gestalteten Kulturräume, in denen Menschen im Einklang mit ihrer Umgebung leben und wirtschaften wollen, dramatisch ausgebeutet und zerstört werden und damit unter anderem unumkehrbare Veränderungen und Zerstörung des Klimas und der Biosphäre verursacht werden,
- der weitaus größte Teil der Menschen, die nicht in privilegierten Gebieten des Globus leben, zunehmend verarmt, verelendet und einer selbstbestimmten und demokratischen Zukunft beraubt wird,
- Armut, Unterdrückung und Not sich weltweit zunehmend in Kriminalität, in Hass auf Minderheiten, auf Fremde oder auf 'Unangepasste', in regionalen Kriegen, in Aufständen und in anderen Formen von Gewalt bis hin zum andauernden Welt-Bürgerkrieg entladen,
- Millionen entrechteter, entwürdigter und perspektivloser Menschen auf der Erde ihre letzte Möglichkeit in der großen Völkerwanderung zur 'Festung Europa' sehen,
- auch in Europa die Souveränität der nationalen Parlamente zunehmend ausgeblendet wird, auf Druck des Kapitals die sozialstaatlichen Strukturen auch hier zunehmend demontiert, die öffentlichen Dienste und andere Errungenschaften der Allgemeinheit zunehmend 'privatisiert' und damit entweder enteignet und auf maximalen Profit getrimmt oder abgewickelt werden,
- die Logik eines ungezähmten Kapitalmarktes also immer mehr Lebensbereiche der Selbstbestimmung des einzelnen Menschen wie auch den gemeinschaftlichen kommunalen und regionalen Lebensräumen entreißt und der reinen Profitorientierung unterstellt,
- die so entstehenden nationalen, europäischen und globalen Krisen einer militarisierten Präventionslogik unterworfen werden,

oder:

- wir stehen auf, sagen laut „STOPP“ und setzen uns aktiv und konsequent ein für einen demokratischen Wandel zu einer selbstbestimmten, gemeinwohlorientierten Gesellschaft,
- wir kündigen die Privilegien bisheriger Eliten und Profiteure und reduzieren Herrschaft von Menschen über Menschen auf das geringst mögliche Maß,
- wir schaffen eine Vision, die zum Kristallisationspunkt und Bezugsrahmen wird für alle, die diesen grundsätzlichen Wandel wirklich wollen,
- wir nutzen die Erfahrungen der Vergangenheit, um das Neue, uns allen Dienliche nicht nur zu erschaffen, sondern auch dauerhaft zum Wohle aller zu erhalten,
- wir schaffen einen Rahmen, der es allen Menschen ermöglicht und sie dazu befähigt, sich in gegenseitiger Achtung und Hilfe und im Interesse des Wohls der Gemeinschaft selbstbestimmt zu verwirklichen.

Dazu legen wir vor den Entwurf einer

CHARTA

FÜR EIN EUROPA DER REGIONEN

Wege zur Selbstbestimmung auf freiheitlicher und demokratischer Grundlage

Zum Wohle der Menschen und der Regionen in Europa,

zur Erlangung, Bewahrung und Weiterentwicklung
von Freiheit und Demokratie,

in Anerkennung der geschichtlichen Verantwortung Europas,
sowohl für die Verursachung, als auch für die Überwindung
einer immer plutokratischer werdenden globalen Zivilisation,
die mehr und mehr Lebensbereiche einer profitorientierten,
ökonomischen Verwertung unterwirft,

in der Hoffnung, damit einen heilsamen Beitrag zur Bewahrung und
Wiedererlangung von Lebensqualität und Menschenwürde
für die gesamte Menschheit und den Planeten Erde zu leisten,

schlagen wir folgenden Rahmen für den Aufbau eines nachhaltig sozialen,
wahrhaft demokratischen und mit der Natur kooperierenden Europa vor:

Grundlagen

Die Charta beschreibt Ziele, die wir im Hinblick auf ein nachhaltig demokratisches Europa für erstrebenswert halten. Dabei geht es uns um den Geist des großen Ganzen. Wir verzichten darauf, zu sehr in Konkretisierungen und Details des anstehenden Wandels zu gehen, weil wir aus der Geschichte gelernt haben, dass die bestgemeinten Lösungen, wenn sie den Menschen übergestülpt werden, oft mehr Zwang als Freiheit und mehr Leid als Nutzen bringen.

Wir betonen in dieser Charta die Basisgemeinschaften, die Kommunen und die Regionen, weil wir überzeugt sind, dass hier die Montagepunkte sind, an denen sich das Bewusstsein der Menschen hin zu mehr Selbstbestimmung und Verantwortung des Einzelnen in Richtung auf eine dem Leben dienende Gesellschaft entwickeln wird. Die Charta will inspirieren, nicht vorschreiben, wie und in welchen Formen Menschen sich miteinander verhalten oder organisieren können. Sie ist ein Vertrauensbekenntnis zum Menschen als vernunftbegabtem, empathiefähigem und mit seiner ethischen Entwicklung verbundenem Wesen. Wir glauben an die Kreativität und soziale Intelligenz der Menschen, wenn ihnen ermöglicht wird und wenn sie darin unterstützt werden, die eigenen Angelegenheiten selbstbestimmt und gemeinschaftlich in die Hand zu nehmen.

1. Menschenbild

Unser Menschenbild gebietet uns, den anstehenden Wandel jetzt anzusprechen, zu fordern und zu fördern. Menschen sind nicht gleich und auch nicht gleich befähigt, jedoch gleichwertig in ihrem Existenzrecht und darin einander ebenbürtig. Jeder Mensch hat ein Recht auf ein menschenwürdiges Leben, auch wenn es unterschiedliche Fähigkeiten, Bildungsgrade, Stärken und Schwächen und selbst voneinander stark abweichende ethische Einstellungen unter ihnen gibt. Eine nachhaltige Absicherung und Weiterentwicklung von Lebensverhältnissen, die solchen vital demokratischen Umgang der Menschen miteinander ermöglichen und fördern, lässt den Fortbestand der derzeitigen Macht- und Herrschaftsstrukturen nicht länger zu. Anzustreben ist die Entflechtung der gegenwärtigen ökonomischen Verengung des Lebens und der Übergang in eine Gesellschaft, in der wirtschaftliche, rechtliche und kulturelle Angelegenheiten nach ihrer sachlichen Eigenart und Problematik unabhängig voneinander, wenn auch in gegenseitiger Beratung organisiert werden können. Eine Gesellschaft, die es unterlässt, ihre Menschen in den größtmöglichen Zustand substantieller Freiheit zu versetzen, sabotiert die menschliche Evolution.

2. Grundrechte, Menschenwürde, Gemeinschaft und Gesellschaft

Im Vordergrund stehen Erhalt und Weiterentwicklung der Grundrechte und der Menschenwürde des Einzelnen, der Schutz und die Förderung der die Einzelnen tragenden Gemeinschaften an der Basis, sowie der lebensdienliche Umgang mit den natürlichen Ressourcen. Diese drei Elemente gehören untrennbar zusammen und bilden die unverzichtbare Basis eines nachhaltig demokratischen Europa.

Wesentliche Werte sind die Achtung der Menschenwürde, der Freiheit, der Demokratie, der Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit, des Pluralismus, der Toleranz, der gegenseitigen Achtung, der Gerechtigkeit und Solidarität, sowie der Wahrung der Menschenrechte, einschließlich der Rechte von Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedern in einer Gesellschaft gemeinsam, welche die Ebenbürtigkeit aller Menschen für sich in Anspruch nimmt.

3. Demokratischer Wandel

Die derzeitigen Bestrebungen zur Vereinheitlichung und politisch-ökonomischen Machtkonzentration zugunsten global agierender Konzerne auf Kosten des Gemeinwohls, der Menschenrechte, der demokratischen Bürgerrechte und der Souveränität der nationalen Parlamente werden in einen Prozess der Dezentralisierung, der Regionalisierung und der tendenziellen Entflechtung von Wirtschaft, Staat und Kultur überführt. Die Menschen Europas weisen die Herrschaftsansprüche der globalen Finanzeliten zurück und nehmen die Gestaltung ihres eigenen Lebensumfelds als demokratische Gemeinschaft selbstbestimmt, gemeinsam und gleichberechtigt in die eigenen Hände. Dabei darf Gleichberechtigung nicht als Gleichheit missverstanden werden. Die Menschen haben ein Recht auf Verschiedenheit, ohne deswegen diskriminiert oder benachteiligt zu werden. Diskriminierende Ungleichbehandlung muss sichtbar begrenzt werden. Ein Übermaß an Ungleichheit zerstört die Basis jedes Gemeinwesens.

4. Regionale Gliederung

Die Menschen und Völker Europas anerkennen, dass sie bei allen Gemeinsamkeiten auch im Reichtum einer großen geographischen, sprachlichen, kulturellen und ökonomischen Vielfalt leben. Sie schätzen diese Vielfalt und wollen sie nicht nur als folkloristisches Brauchtum leben, sondern zur vitalen Basis einer selbstbestimmten und das Gemeinwohl fördernden Gesellschaft machen. Der Kernpunkt einer nachhaltigen Demokratiereform besteht daher darin, die derzeit in Richtung auf eine europäische Zentrale stattfindende schleichende Aushöhlung der Souveränität der nationalen Parlamente umzukehren. Ziel ist die Rückbesinnung auf ein menschliches Maß und ein Belassen, beziehungsweise Zurückgeben der Souveränität zugunsten sich hochgradig selbst versorgender und selbst bestimmender Basisgemeinschaften in ihrer Vielfalt von den kleinsten Lebenseinheiten, über Bedarfsgemeinschaften aller Art bis hin zu Regionen. Die Regionen sollen in sich lebensfähige Einheiten sein, ohne eine Größe zu erreichen, die das Gleichgewicht zwischen ihnen bedrohen könnte. Wir geben uns keineswegs der Illusion hin, dass damit jegliche Konkurrenz, Interessenkollisionen und Streitige Meinungsunterschiede wegfielen, aber sie sind im kleineren

Rahmen erkennbarer, leichter lösbar, und führen nicht unvermeidlich – wie unter den gegenwärtigen Bedingungen - zu einer Bedrohung Gesamt-Europas oder gar darüber hinaus.

5. Souveränität der Regionen

Als Träger der politischen Souveränität treten die Regionen die Nachfolge der Nationen an, die zunehmend an Bedeutung verlieren. Im Zusammenspiel von demokratischer Selbstbestimmung, optimaler ökonomischer Selbstversorgung, Reorganisation der regionalen Märkte, regionaler Diversität und Anbindung des konkreten Bedarfs an die globalen Märkte sowie Naturverträglichkeit sind überschaubare Regionen den bürgerfernen Systemen der Nationalstaaten ebenso überlegen, wie den weit vom alltäglichen Leben agierenden globalen Konzernen. Die Basis eines sich demokratisch zusammenfindenden Europa kann in Zukunft weder im Zusammenschluss der Nationalstaaten zu einem europäischen Superstaat liegen, in dem die kleinsten Staaten kaum Gewicht haben und die größten dominieren, noch in den demokratisch nicht zu kontrollierenden Konzernen. Der Souverän eines zukünftigen, demokratischen Zusammenschlusses Europas können nur die Menschen sein, die sich in ihren Regionen selbstbestimmt, in großer Vielfalt und gemeinschaftlich organisieren.

6. Demokratisch gegliederte Basis

Basisgemeinschaften in ihrer Zusammensetzung aus Einzelpersonen, Familien, Lebensgemeinschaften, Interessenverbänden, Projekten, Netzwerken, Produktions- und Bedarfsgemeinschaften sowie örtlichen Parteiungen, die alle zusammen nicht größer sind, als dass jedes Mitglied dieser Basisgemeinschaft die anderen Mitglieder noch kennen kann, sind die menschliche Keimzelle, das Ausgangsfeld und die Grundeinheit einer nachhaltig funktionierenden Demokratie. In den Versammlungen dieser Grundeinheiten wird eine direkt-demokratische, kooperative Entscheidungskultur gepflegt und werden die Delegierten für die größeren Zusammenschlüsse (Gemeinden, Kreise, Regionen) gewählt.

7. Frauen und Männer

Die zukünftige Gesellschaft ist als gegliederter Organismus gedacht, der im Dienst einer allseitigen Entwicklung der menschlichen Fähigkeiten steht. Das beginnt bei der Erkenntnis, dass Männer und Frauen, auch wenn sie als Menschen ebenbürtig sind und in einer gemeinsamen Lebensorganisation miteinander stehen, die Möglichkeit

haben müssen, ihre Interessen nach Bedarf getrennt voneinander zu formulieren und in einen fruchtbaren Dialog und Austausch miteinander zu bringen.

Wenn Frauen und Männer die Möglichkeit haben, neben gemeinsamen auch voneinander getrennte Versammlungen durchzuführen, wird mehr Authentizität und ein größerer Reichtum an kreativer und sozialer Intelligenz in die politischen Beschlüsse einfließen als ohne diese Möglichkeit.

8. Gegliederter Organismus – Beziehung von Ökonomie, Recht und Kultur

Die Gliederung setzt sich darin fort, dass die Gesellschaft nicht einen einheitlichen nationalen Staatsapparat bildet, der lediglich nach Legislative, Exekutive und Judikative organisiert ist, sondern sich in unterschiedliche Bereiche des Lebens gliedert, als da sind: die wirtschaftlichen Aktivitäten der Menschen, ihre rechtlichen und politischen Beziehungen sowie das kulturelle und geistige Leben, einschließlich Forschung, Bildung, Erziehung bis hin zur sogenannten Freizeitgestaltung.

Die Beziehung zwischen diesen Lebensbereichen, die im heutigen Einheitsstaat dem Diktat der Ökonomie untergeordnet sind, bedarf einer Befreiung aus diesem Zwang, um aus dieser Unabhängigkeit heraus in einen fruchtbaren Austausch der jeweiligen Aktivitäten, Regeln und Werte und so zur vollen Entfaltung der in ihnen liegenden Potenziale kommen zu können. Die so beschriebenen Gliederungen variieren zudem in territorialen, ethnischen und als historische Einheiten definierten Räumen und Regionen bis hinunter zu den Basisgemeinschaften. In einer solcherart gegliederten Gesellschaft kann sich die notwendige ethische Erneuerung im offenen, kooperativen Umgang miteinander herausbilden und die Verständigung über verbindende Werte und gesellschaftliche Aktivitäten in einem lebendigen Prozess der Wechselwirkung immer wieder aufs Neue gefunden und gefestigt werden.

9. Strenge Subsidiarität und gebundenes Mandat

Nur solche Aufgaben, die die jeweiligen Basisgliederungen, Gemeinden, Kreise, Städte, Regionen nicht zufriedenstellend selbst regeln können, werden an die jeweiligen größeren Zusammenschlüsse delegiert, in denen aber die gleichen Gliederungsregeln gelten, wie auf den darunter liegenden Ebenen. Die Delegierten einer Gebietsversammlung sind weisungsgebunden an die Aufträge ihrer jeweiligen Basisversammlungen oder der sie entsendenden Gebietsversammlungen. Die Hauptaufgabe der Delegierten besteht darin, den politischen Willen der sie entsendenden Basis mit dem

der anderen Basiseinheiten in einen Konsens zum Nutzen des größeren Ganzen zu bringen.

Das gebundene Mandat stellt sicher, dass die gewählten Delegierten die Interessen ihrer Wähler und nicht in erster Linie ihre eigenen oder die anderer Interessengruppen vertreten. Die Amtsdauer der Delegierten sollte in der Regel nicht länger als zwei Amtsperioden betragen. Politiker sollten nicht auf Dauer von der Alimentierung eines Amtes abhängig sein und einen Beruf auch während der Amtszeit ausüben können.

10. Föderationen

Zur gemeinsamen Regelung von Aufgaben, die eine Region nicht allein zufriedenstellend bewältigen kann, schließen sich die Regionen zu Föderationen zusammen, ohne ihre Souveränität aufzugeben. Das Subsidiaritätsprinzip und das gebundene Mandat gelten wie bei der Binnengliederung der Regionen auch bei ihrer Vernetzung zu Föderationen. Regionen bilden Regionalföderationen, diese Territorialföderationen, diese die Europäische Föderation.

11. Neuordnung von Wirtschaft, Finanzen und Steuern

Eine Reform der Demokratie, die die gegenwärtige Unterordnung des Einzelnen wie der Gesellschaft unter die Profitorientierung des globalen Finanzkapitals überwinden will, muss selbstverständlich auch neue kooperative Formen des Wirtschaftens entwickeln. Anzustreben ist die Überwindung des historisch überholten unfruchtbaren Taumelns zwischen staatskapitalistischem Bürokratismus und marktwirtschaftlicher Willkür. Zu fördern sind dagegen gemeinwohlorientierte Bestrebungen der Selbstorganisation.

Die Wirtschaft wird zur Dienerin des Einzelnen und der Gemeinschaften aller Art. Es findet eine Umkehr der Prioritäten statt. An die Stelle der Förderung von Kapital- und Konzernkonzentration, von globalen und dadurch unüberschaubar gewordenen Finanz- und Firmeninteressen tritt der Vorrang des lokalen und regionalen Wirtschaftens. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, dass das Überschreiten bestimmter Größenordnungen der Wirtschaftseinheiten fast immer zwingend die Natur, den Menschen, die Gemeinschaften schädigen. Ebenso wie zu große politische Einheiten Machtungleichgewichte, Manipulation und Erpressungsversuche erzeugen, geschieht dies auch im Bereich von Wirtschaft und Finanzen. Wir brauchen lebendige Beziehungen zwischen lokalem, regionalem und globalem Wirtschaften. Wir brauchen Vielfalt auch und ganz besonders im Währungs- und Geldbereich. Und wir brauchen eine lokale, regionale, nationale, kontinentale und weltweite Verständigung über den

globalen und totalen Erlass aller Schulden (Jubeljahr), über eine Neuorientierung beim Umgang mit Grund, Boden, mit natürlichen Ressourcen und mit geistigem Eigentum.

Wir brauchen neben dem Rückbau zu groß gewordener Einheiten durch entsprechende Steuergesetze und Entflechtungen auch geeignete Maßnahmen zur Schaffung von Transparenz, zur Privilegierung lokalen und regionalen Wirtschaftens. Wir brauchen die Verfügungsgewalt der Gemeinschaften über die Grundlagen der Daseinsvorsorge (Natur- und Bodenschätze, Leitungsnetze aller Art, Wasser, Straßen-, Schienen- und Wasserstraßennetz und vieles mehr).

Wir sind uns darüber im klaren, dass dieser Umbau nicht leicht und konfliktfrei zu bewerkstelligen ist. Aber nur so wird die Teilhabe jedes einzelnen und aller Gemeinschaften am Reichtum ermöglicht.

12. Gewaltmonopol, Polizei, Militär, Notstandsfragen

Die demokratische Willensbildung geht vom Prinzip der Selbstverpflichtung des Einzelnen in einer vom ihm mitgestalteten Gemeinschaft aus. Die Willensbildung muss notwendigerweise auch den Fall ihrer Missachtung oder gar aggressiven Verletzung mit einschließen und berücksichtigen. Grundsätzlich muss aber gelten, dass bei Übertretung oder Verletzung der Regeln der Selbstverpflichtung die mildest möglichen Formen der Kritik und die geringst möglichen Sanktionen gewählt werden, die immer mit einem Angebot zur Abhilfe möglicher Ursachen der Verfehlungen verbunden sein sollen. Das heißt, auszugehen ist vom Prinzip gegenseitiger nachbarschaftlicher Hilfe, die gleichzeitig gegenseitige Kontrolle ist.

Sanktionen werden nicht institutionalisiert, sondern nur ad hoc ausgesprochen und nur zu ad hoc Maßnahmen umgesetzt. Jede Maßnahme muss sich danach rechtfertigen, ob alle Mittel der gegenseitigen Hilfe ausgereizt wurden. Dieses Prinzip gilt über alle jeweils höheren Ebenen bis in den globalen Bereich. Das heißt, es gibt keinen Erzwingungsstab – weder kaserniert auf kommunaler, regionaler oder globaler, noch auf familiärer oder auf gemeinschaftlicher Ebene. Das heißt, es gibt kein statisches Gewaltmonopol eines über allen Ebenen der Selbstorganisation schwebenden Staates, sondern 'Staat' ist in Zukunft das Geflecht eines lebendigen, gegliederten Organismus.

Eventuell notwendige Gewaltanwendung hat immer nur ad hoc Charakter. Die Aufsicht über die Einhaltung dieser Begrenzung muss bei den demokratischen Organen der jeweiligen Ebenen liegen, auf denen solche Maßnahmen getroffen werden müssen. Turnusmäßig sind dazu aber auch die unteren Organe zu hören.